

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

Nr. 450.

Jahrgang 200.

Zweite Ausgabe

Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Anzeigebestellen f. d. festgesetzte Zeitzeile oder deren Raum 1. Seite in der ersten Zeile zu 10 Pf., auswärts zu 12 Pf. Resten am Schluß des redaktionellen Teils die Seite 100 bis 102. Anzeigen-Annahme d. V. in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 159; Redaktion Telephon 172. Einrückungsausschreib.
Gefördert durch: Dr. Walter Oestrichen in Halle a. S.

Mittwoch, 25. September 1907.

Geschäftsstelle in Berlin, Dellauerstraße 14.
Telephon-Amt VI. Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 25. September.

*** Morgenra. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“** teilt mit, daß Gouverneur von Schumann dem Gouverneur der Kapkolonie für das Eingekleidete gegen Morgenra vom Gedankt hat und schreibt dem: Diesen Dank richte ich an die Regierung König Eduards, die beim Bekanntwerden der Entweidung Morgenras unverzüglich mit dem Kapbesitzer sich in Verbindung setzte, wie es den Umständen entsprach. Es ist sehr erfreulich, daß der auch vom Londoner Kabinett sofort beachtete Zwischenfall unter dem Eindruck abgelaßt, daß auch auf britischer Seite in vollem Umfange ein fair play geübt wurde. Die Truppe des Majors Elliot leistete bei der Verfolgung Morgenras nach dem schlußendigen Urteil der an dem Zuge beteiligten deutschen Offiziere Bewunderungswürdiges.

*** Bei dem Ehrenruhm im Rathaus zu Memel** anlässlich der Enthüllung des dortigen Nationaldenkmals hielt der Kaiser eine Rede, in der er zunächst seine Anerkennung ausdrukt für die Feier, mit der das Andenken seiner Uroorfahren geehrt worden ist, und der Bürgerstadt Memels für den Empfang dankte. Der Kaiser fuhr dann fort:

Das Jahr 1807 ist, daß die Bewegung des Volkes ihren Grund und ihre Quelle fand, als das Volk sich auf sich selbst blickte. Das Volk hat nicht sich emporgewandt in Unabständigkeit gegen das Herrschende, sondern ist zur Religion zurückgekehrt. Unsere Vorfahren haben Gottes Wort geglaubt, und es hat sie dafür nicht im Stich gelassen. Das gemeinliche Volk hat sich nicht dem weltlichen Staat und dem weltlichen Herrscher unterworfen, sondern hat sich dem göttlichen Willen angeschlossen. In dieser Zeit hat uns wieder emporgewirkt. Wie steht nun dagegen das Jahr 1907? Außers herrlichem Sonnenschein, dem großen Kaiser, ist es inzwischen durch göttliche Gnade vergangen, das Werk zu Ende zu führen, zu dem in der schwierigsten Zeit unter den höchsten Kämpfen der Vorfahren der Grundstein gelegt worden ist. Memel ist nicht mehr eine Grenzstadt Preußens, sondern des Deutschen Reiches. Der Grundstein, der in schwerer Zeit zusammengekommen wurde, ist durch Gottes Gnade auch der Grundstein des Deutschen Reiches geworden. Wie nun 1907 und sein Jahr dem Jahre 1807 gegenüber wohl friedlich geworden ist, so können wir doch mit Bestimmtheit sagen, daß auch wir in einer großen Zeit leben. Die Kräfte, überaus reich und fast unüberwindlich scheinend Fortschritte des neuen geistlichen Vaterlandes und die fortschreitende Entwicklung unserer Vorfahren und unseres Reiches, die gewaltigen Entdeckungen auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik sind die Folgen der Wiedervereinigung der deutschen Stämme. Je mehr wir in der Lage sind, eine hervorragende Stellung in der Welt zu erlangen, um so mehr soll das Volk sich erinnern, daß hierin das Werk der göttlichen Vorsehung zu erkennen ist. Wenn der Herrgott unter uns nicht noch große Aufgaben gestellt hätte, würde er ihn nicht so herrliche Fortschritte verliehen haben. Wir wollen uns allen lernen, daß wir auch heute in hoher Würde an den alten Vorfahren teilhaben können. Auch heute gilt wie vor hundert Jahren: erst den Blick nach oben zu richten und zu schauen, zu dem alles, was uns gelingt, durch die Gnade von oben erwirkt ist. Wir wollen entschlossen werden, so lange es Tag ist. Dann kann jeder an seine Pflichterfüllung gehen und sich Gewerbe zu treiben und führen, wie es einem braven Mann und Deutschen geziemend. Die herrliche Stadt, der es beschieden gewesen ist, so große Momente zu erleben, und die mit warmer Innigkeit und warmem Patriotismus das Andenken jener Tage heilig hält, möge blühen und gedeihen, möge, was an ihr liegt, tun, daß ihre Bürger und Kinder in diesen Grundfesten leben und erziehen werden. Dann wird es auch der Zukunft von Memel gut bestellt sein. Dem ich Gottes Segen wünsche.

Auch diese Kaiserrede legt von dem tiefen religiösen Gefühl des Monarchen erneut Zeugnis ab.

Bismarck und das Zeitungsrecht.

Im letzten Heft der „Stimmen aus Maria Laach“ bespricht der Jesuit Otto Wiffel die kirchlich von D. Hülsen herausgegebene Biographie des westfälischen Zentrumsführers Ludwig Windthorst. Er berührt dabei auch die Anschuldigungen Hülsens über Windthorst's letztes Gespräch mit Bismarck, wobei angeblich auch die Aufhebung des 2. des Zeitengesetzes zur Sprache gekommen sein soll. Wiffel betrifft diese Angabe nur beiläufig:

„Was die Zeitungsfrage angeht, hatte Windthorst eine Verbindung mit Bismarck, soweit sie nach Lage der Dinge in diesem Zeitpunkt möglich war, bereits erzielt, bevor die letzte Kritik über den eifersüchtigen Mangel hereinbrach.“

„Zur Beweisführung für diese Behauptung erzählt Wiffel: In einer Unterredung, die ich am 22. Februar 1890 mit Windthorst im Abgeordnetenhaus gehabt, fragte er mich in erster und fast in letzter Linie nach dem Zeitungsrecht. Ich antwortete, meinen Provinzialrat vertraulich in Kenntnis zu setzen, daß er unter Vorbehalt der Zustimmung der Regierung, die er in letzter Zeit „viel gearbeitet“ und erfolgreich gearbeitet habe, daß er glaube, „über alle Vertrieben hinausgekommen“ zu sein — dies war sein meiste Wiederholter Ausdruck —, daß er alle Hindernisse für überwinden

hätte, mit Ausnahme nur der einflussreichen noch unberechenbaren persönlichen Willensmeinung der allerhöchsten Person. Die Unmöglichkeit, die damit natürlich noch gegeben war, betonte er selbst. Sofort nach der Rückkehr vom Reichstag habe ich, wie mir aufgetragen war, meinem Provinzialrat, dem nunmehr verstorbenen P. Jakob Rathgeb, genaue Berichte erstattet, der inoffiziellen, ohne die Verantwortung bekannt zu geben, besondere Schritte unternahm.“

Ueber die Unterredung, die er am 14. März 1890 mit Windthorst gehabt hatte, hat sich Wiffel in seinem Buch selbst in ähnlicher Weise geäußert, er sei eigentlich gar nicht daraus krank geworden, was Windthorst angeblich habe. Das Gespräch habe sich zum größten Teil um gleichgültige Dinge gedreht und das politische Gebiet nur insofern berührt, als sich der Kanzler über die Haltung des Zentrums orientieren wollte; da jedoch die Ansprüche, die Windthorst stellte und die auf die Wiederherstellung der Zustände vor 1870 hinausliefen, viel zu weit gingen, so war der Zweck der Unterredung erlosch.

Darum geht hervor, daß Windthorst auch die Aufhebung des Zeitengesetzes vom 4. Juli 1872 gefordert hätte, es liegt aber kein Beweis dafür vor, daß sich Bismarck bereit erklärt habe, auf diese Forderung einzugehen. Es ist auch kaum glaublich, daß dies früher schon geschehen sei. Die Mitteilung des Jesuiten Wiffel über den ihm zuteil gewordenen Auftrag Windthorst's reicht uneres Gradens aus und keineswegs aus, um zu beweisen, Wiffel Bismarck habe in die Aufhebung des Zeitengesetzes gewilligt. Wer weiß, welche Absicht der seltsame Windthorst mit seinem Auftrag an den Vater Wiffel S. Z. verfolgte!

*** Der General in der Politik.** Einem englischen Finanzblatt zufolge wird in Londoner politischen Kreisen, die mit Deutschland Fühlung haben, die Wahrscheinlichkeit behauptet, daß General v. Einem zum Nachfolger des kaiserlichen Bismarck ernannt sei, sofern der Bismarck gehen sollte. Dieses Gerücht wird nicht gerade wahrscheinlich gemacht dadurch, daß neben dem General v. Einem auch General v. D. Goltz als Stanzlerkandidat genannt wird. Ferner v. D. Goltz ist freilich schon vor Jahren einmal in diesen Zusammenhang gebracht worden, aber doch nur von jenen Leuten, deren Phantasie ungleich größer ist als ihre Kenntnis der Verhältnisse.

Ueber die Fülle der Taubstummen in Preußen gibt ein Bericht Anhalt, der in der „Statistischen Monatshefte“ veröffentlicht wurde. Wir entnehmen daraus, daß am 1. Januar 1907 in der preussischen Monarchie insgesamt 46 Taubstummen-Anstalten vorhanden waren. Zählt man die Anstalten von Essen und Essen-Strup einzeln, so sind es 47. Davon sind 33 Einrichtungen der Provinzialverbände, 2 gebühren-Versicherungsanstalten und 4 verschiedenen Vereinen an. Ferner sind 3 dieser Anstalten, nämlich 2 in Einrichtungen von Städten und 3 solche von anderen Einrichtungen. Nur eine solche Anstalt ist ein Staatsinstitut. Weitens sind diese Anstalten reine Internate, nämlich 26, nur 6 sind reine Internate, 11 Anstalten haben beide Einrichtungen und 3 sind nur Schulen. Es hat sich ergeben, daß fast alle Anstalten in der Lage sind, noch Schüler aufzunehmen, so daß die meisten Provinzen auch ohne wesentliche Erweiterungsmaßnahmen sämtliche bildungsfähige Taubstumme im schulpflichtigen Alter unterrichtet versorgen können. Von den 4389 Zöglingen in den Anstalten am 1. Januar 1907 waren 2398, gleich 54,64 v. H., Knaben und 1991, gleich 45,36 v. H., Mädchen; 1268 Zöglinge befanden sich in Internaten, 2496 in den Externaten, und 625 waren Schulgänger. Damit befand sich etwa 1/3 der Gesamtzahl in Familienpflege und nur etwas mehr als 1/4 in Anstaltszucht. Ein sehr erfreuliches Bild ergibt die Verteilung der Schüler in Klassen. Fast die Hälfte sämtlicher Anstalten hatte nur 7, 8 bzw. 9 Klassen; im ganzen waren 433 vorhanden. Der Besuch betrug im Durchschnitt 10,14 Schüler, womit die Normalzahl 10 fast erreicht ist. Mit Ausnahme einiger Anstalten war die Trennung nach der Belegung überall durchgeführt; die Abtrennung der Kinder mit Höreritt ist dagegen bisher nur in wenigen Fällen geschehen. Bei dieser Zählung sind zum ersten Male eingehende Erhebungen über die im vergangenen Jahre entlassenen Schüler angestellt worden. Es waren das im ganzen 717; 63 von ihnen wurden in andere Anstalten umgestellt, 45 waren nicht bildungsfähig, 566 wurden eingekleidet, 25 schieden aus anderen Gründen aus und 18 starben. Von besonderem Interesse ist die Zahl des Berufes der Eingekleideten. 2000 Knaben genadigt waren, wovon von den Knaben 1/3 der Gesamtzahl Fischer bzw. Schneider oder Schuhmacher werden, so daß man diese Handwerke wohl als die Hauptberufe der männlichen Taubstummen ansehen muß. Die Mädchen hatten sich zu 1/3 für den Beruf einer Schneiderin entschieden. An sämtlichen Anstalten und Schulen für Taubstumme wirkten im Jahre 1906 405 ordentliche Lehrer, 31 ordentliche Lehrerinnen, 43 Hilfslehrer, 19 Hilfslehrerinnen, 10 lehrerliche Lehrer und 44 technische Lehrerinnen. Interessant ist zu beobachten, daß von den Hilfskräften fast 1/2 Lehrerinnen sind, daß das weibliche Geschlecht also auch in den Taubstummenunterrichten immer mehr ein Feld seiner Tätigkeit findet. Im ganzen ist die Zahl der weiblichen

Lehrkräfte, abgesehen von den technischen Lehrerinnen, damit auf 50, d. i. 10 Prozent der Gesamtzahl der wissenschaftlichen Lehrkräfte, gestiegen. Die vorliegende Statistik entrollt demnach ein sehr erfreuliches Bild von dem gegenwärtigen Stande der Gehörlosen in Preußen und fordert gegen alle Behörden, denen ihr Wohl an das Herz gelegt ist, zu aufrichtigem Danke auf.

Vetelorden und moderner Verkehr.

Die Franziskaner haben nach einer Meldung der „Westfälischen Zeitung“ das Ansehen in die preussische Eisenbahnverwaltung gestellt, ihnen die Verwaltung des Jahresabes in Ostfriesland zu gestatten, die dann nachher durch den Orden als solchen wieder eingekleidet werden sollen. Grund? Das Ordensabes verleihe den Patres das Ansehen von Geld, der Staat aber habe „religiösen“ Gefühlen Rechnung zu tragen. Das wäre also die Forderung einer besonderen Abrechnungsweise bei den Eisenbahnen, bestimmter Art, bestimmter Verkehrsreglements usw. für die Vetelorden, kurzum, die Eingekleidung staatlicher Behörden in einen Ordensbetrieb. Das Argument, daß es sich dabei um religiöse Empfindungen handle, kann nicht gelten. Gutheissen oder abgelehntes Jahrgeld decken die für die „profane Welt“ handelt es sich beide male um Wert. Eine völlige Anapfung der alten Sitten an die modernen Verkehrsverhältnisse würden also auch die Gutheissen verhindern. Die „Westf.“ stellt sich gleich mit vollkommener Orchester erhellender konfessioneller Bolens ein. „Störung des konfessionellen Friedens“ räumen die Patres, „göbliche Behandlung, katholischer Dinge“ allen Trompeten und Pfeifen. Das ist in allem der Inhalt. Zur Sache selbst äußert sich die „W. Z.“ dagegen nur in zwei Sätzen, die sich völlig widersprechen. Sie wünscht, soweit die Sachverhalte in Betracht kommen, daß „gegenüber der alles niederlassenden Reueit an den frommen Sitten der Vergangenheit festgehalten werde“ — dagegen begnügt sie dem Vorwurf, daß die Franziskaner doch einst auch die fromme Gewohnheit gehabt hätten, nur auf Schusters Rücken zu reiten, mit der erlauchten Frage: ob man denn nicht wüßte, daß die Verhältnisse seit Einführung der Erdenspedal sich geändert hätten. Nun ja, das ist es ja eben. Wer's faßt, muß auch's fassen.

Aufhebung von Krankenanstalten.

Die Regierung von Oberbayern hat die Gültigkeit der kirchlich vollzogenen Wahlen zur Münchener Ortskrankenkasse nicht anerkannt, weil sie unter einem unerhörten Terrorismus der Gewerkschaftler und Sozialdemokraten stattgefunden hatten. Die nicht sozialdemokratisch organisierten Kassenmitglieder hatten deswegen eine vom Münchener Magistrat zurückgewiesene Beschwerde eingereicht, der das Vorgehen der Regierung zu verdanken ist. Wie arg muß aber der Terrorismus gewesen sein, daß ein solches amtliches Eingreifen überhaupt vorgenommen wurde! Besondere Reizung, den immer ärger zunehmenden gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Terrorismus abzumehren, herrscht an manchen Stellen nicht. Das nun auch, wenn, wie erwartet werden kann, das bayerische Ministerium die Entschädigung der Versicherten, die nicht gegen die Münchener Wahlmänner strafrechtlich eingeschritten werden wird, muß man abwarten.

Gegen die Verunstaltung von Ortschaften und Gegenden.

Zur Durchführung des Gesetzes gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden sind, wie wir hören, die Regierungspräsidenten angewiesen worden, für diejenigen Ortschaften, in denen dies angezeigt erscheint, Ortskommissionen im Sinne des Gesetzes zu ernennen. Ferner ist von den beteiligten Ministerien des Innern, der öffentlichen Arbeiten und der geistlichen Angelegenheiten eine sehr eingehende Anweisung zur Ausführung des Gesetzes ergangen. Nach derselben soll im allgemeinen jede Zerkleinerung des positiv bühnen Zustandes, der geeignet ist, ein für ästhetische Gestaltung offenes Auge zu verlegen, als grobe Verunstaltung angesehen sein. Zur Ausführung des ordsstatutarischen Verbotes ist die Ortskommissionen verpflichtet; die Entscheidung steht also nicht mehr in ihrem freien Ermessen. Wie die Ortskommissionen einzeln zu fassen sind, hängt von dem Bedürfnisse des besonderen Falles ab. Zur künstlerisch bedeutende Straßen soll gefördert werden, daß sich Neu- und Umbau den bestehenden Gebäuden angeschlossen, daß das Gesamtbild eine Schädigung im ästhetischen Sinne nicht erleidet. Da es sich aber bei der Anwendung des Gesetzes um eine immerhin einschneidende Maßnahme handelt, die eine nicht unerhebliche Beschränkung der Ausübung des Grundeigentums bedeutet, so wird empfohlen, mit großer Vorsicht zu Werke zu gehen. Es soll in jedem Falle geprüft werden, ob nicht wirtschaftliche Interessen von schwerwiegender Bedeutung gefährdet werden, denen gegenüber die auf ästhetischen Gebiete liegenden Wünsche zurücktreten müssen.

* Zur Kaiserlichen Erbschaftsfrage.

Der „Corriere della Sera“ behauptet, daß der Kaiser sich nicht für die Forderung der preussischen Erbgesetze zu erklären, daß ein Deutscher zum Erbschaft von Grafen-Rosen

1830 sind von ihr zusammen über rund 3 1/2 Millionen Mark ...

Schwurgericht.

In der heutigen (zweiten) Sitzung des Schwurgerichts fungierten als Geschworene: Eisenbahnbetriebsrath ...

Auf der Anklagebank saß der Schloßherr ...

Die Vernehmung in Gesellschaft ...

Mit der Schlußphase ...

Letzte Telegramme.

Berlin, 25. Sept. Wie die „Voss. Ztg.“ hört, werden die Beschwerden der Deutschen in Rods, die dem deutschen Generalkonsulat in Warschau ...

Mainau, 24. Sept. Der Kräftezustand des Großherzogs scheint sich nach einem nachmittags 4 Uhr ausgegebenen Bulletin etwas zu heben.

Wien, 24. Sept. Die Verhandlungen zwischen dem böhmischen Verkehrsminister und dem österreichischen Eisenbahnminister haben heute ihren Abschluß gefunden.

Petersburg, 24. Sept. Amtlich wird gegenüber den in der Presse erschienenen Gerüchten ausgeführt, daß die Maßregeln und die meisten Artikel der Kaiserjacht „Standart“ unbeschädigt seien und daß die Nacht insafunde lie, in den nächsten Tagen selbständig nach Kronstadt zu gehen, wo sie ins dort gebracht werden sollte.

Vatun, 24. Sept. Das Attentat auf den Wali von Wan, Li Fei, ist abends bei seiner Rückkehr ins Hotel verübt worden.

New-York, 24. Sept. Aus San Juan de Puerto Rico wird telegraphiert, daß die Malaria unter der Bevölkerung im Innern des Insel eine fürchterlichen Fortschritt erzeugt habe.

New-York, 24. Sept. Bei den heutigen Privatwahlen wurde zwischen Zammannplaten auf der Straße ein Kampf mit Meisern und Revolvern ausgefochten, weil sich die Anstellung der Kandidaten nicht einig waren.

Börse- und Handelsk. Allgemeines.

Die zweite Sammlungs-Auktion in Leipzig. In der am 27. September im Produktionslokal der Neuen Börse abgehaltenen Sammlungsauktion kam ein Quantum von insgesamt 453 000 Silberrücken in 355 Rollen zum Anechoit.

Die Verwaltung teilt im Geschäftsbericht für das Jahr 1906/07 mit, daß die Wärendtragfähigkeit anderer Maschinen in ausländischen Auktionen auf die geringsten Abgaben in Kapitolien gegenüber dem Vorjahr, andererseits darauf, daß das Uferungsungsmaß in der ersten Semester noch unter der Einwirkung des Konjunkturplusses stand.

Die Südwestliche Eisenbahngesellschaft. Nach dem Geschäftsbericht sollen sich die Betriebsverhältnisse aller Bahnen auf 2 422 683 Kilo. erbrachten 25 867 M. (192 167 K.). Hierzu tritt der Betrag mit 72 793 M. (52 671 K.), was ergibt zusammen 2 641 343 M. (2 614 830 K.).

Die Auktions- und Warenmärkte. Gerichte, Auktions- und Warenmärkte. Leipzig, 24. Sept. In der Auktions- und Warenmärkte ...

Dezember 201,50-201,00 M. Mai 190,00 M. ...

Stroh und Heu. Halle a. S., 24. Sept. (Mitgeteilt von Otto Scheppl.) ...

Stroh und Heu. Halle a. S., 24. Sept. (Mitgeteilt von Otto Scheppl.) ...

Stroh und Heu. Halle a. S., 24. Sept. (Mitgeteilt von Otto Scheppl.) ...

Stroh und Heu. Halle a. S., 24. Sept. (Mitgeteilt von Otto Scheppl.) ...

Stroh und Heu. Halle a. S., 24. Sept. (Mitgeteilt von Otto Scheppl.) ...

Stroh und Heu. Halle a. S., 24. Sept. (Mitgeteilt von Otto Scheppl.) ...

Stroh und Heu. Halle a. S., 24. Sept. (Mitgeteilt von Otto Scheppl.) ...

Stroh und Heu. Halle a. S., 24. Sept. (Mitgeteilt von Otto Scheppl.) ...

Stroh und Heu. Halle a. S., 24. Sept. (Mitgeteilt von Otto Scheppl.) ...

Stroh und Heu. Halle a. S., 24. Sept. (Mitgeteilt von Otto Scheppl.) ...

Stroh und Heu. Halle a. S., 24. Sept. (Mitgeteilt von Otto Scheppl.) ...

Stroh und Heu. Halle a. S., 24. Sept. (Mitgeteilt von Otto Scheppl.) ...

